Die übervollen Kassenschränke : Bemerkungen zu Angriffen auf den AHV-Fonds

Autor(en): **Schmidt, Heinz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **46 (1954)**

Heft 1

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353623

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ausrichtung gelangen – weiter kapitalisiert werden müssen. Es darf aber wohl damit gerechnet werden, daß diesen Rentnern in 14 Jahren aus den bereits erwähnten stillen Reserven der technischen Bilanz geholfen werden kann.

Im übrigen muß man sich aber darüber Rechenschaft geben, daß weitere, wesentlich ins Gewicht fallende Verbesserungen der Rentenleistungen *ohne die Beschaffung neuer Mittel* nicht möglich sein werden. Heute ist noch nicht abzusehen, woher solche neue Mittel kommen könnten. Die öffentliche Hand wird Schwierigkeiten genug haben, ihre erhöhten Beiträge an die AHV in der zweiten und dritten Finanzierungsetappe aufzubringen.

Bei den Unselbständigerwerbenden ließe sich wohl eine Mehrheit dafür finden, 3 statt 2 Prozent Beiträge zu leisten, wenn damit Leistungsverbesserungen von ungefähr 50 Prozent erreicht werden könnten. Damit dies aber möglich wäre, müßte auch der Arbeitgeberbeitrag von 2 auf 3 Prozent erhöht werden. Ein solches Postulat scheint uns gegenwärtig aussichtslos zu sein. Vollends unmöglich wird aber eine solche Erhöhung der Beiträge für die Selbständigerwerbenden, müßten sie doch, statt der bisherigen 4 Prozent, 6 Prozent ihres Erwerbseinkommens leisten.

Das heißt unseres Erachtens nicht, daß die Lohnempfänger *überhaupt* auf jede Verbesserung der Versicherung gegen die Folgen des Alters und des Todes verzichten müßten. Kantone und Gemeinden können *Zusatzversicherungen* schaffen. Vor allem scheint uns aber, daß die *Gewerkschaften* selbst von den auf diesem Gebiet bestehenden Möglichkeiten bisher nur sehr zögernd und ungenügend Gebrauch gemacht haben; sie können es künftig in vermehrtem Ausmaße tun. Schließlich wird auch die Möglichkeit des Ausbaus der *betrieblichen* Fürsorge- und Versicherungeinrichtungen nicht aus dem Auge gelassen werden dürfen.

Giacomo Bernasconi

Die übervollen Kassenschränke

Bemerkungen zu Angriffen auf den AHV-Fonds

Vor kurzem hat eine Gewerkschaft besonderer Art ihre Generalversammlung abgehalten – die Gewerkschaft der Bankiers, die sich zwar Bankiervereinigung nennt, aber nichtsdestoweniger eine Interessenvertretung ist. Einige hundert Bankfachleute haben sich also in Baden getroffen und über ihre aktuellen Tagesfragen gesprochen. Ihr Präsident, Ch. de Loës, hat sie in seiner Ansprache unter dem Stichwort Kapitalüberfluß und Investierungsmöglichkeiten zusammengefaßt.

Wir wollen indessen vorwegnehmen, daß es sich da nicht bloß um Tagesfragen der Bankiers handelt, sondern um Wirtschaftsfragen

mit hervorstechender Bedeutung für die schweizerische Volkswirtschaft allgemein und für Arbeiter und Angestellte insbesondere – weist doch die Wirtschaftsgeschichte nach, daß Wirtschaftskrisen stets Zeiten mit Kapitalüberfluß vorausgegangen sind.

Seit einiger Zeit zeigt der schweizerische Geld- und Kapitalmarkt eine außergewöhnliche Flüssigkeit, große Geldmengen suchen Anlage, können diese jedoch nicht in ausreichendem Maße finden, und das drückt auf den Zins, führt zu immer tieferen Sätzen. Die Folgen sind zum Beispiel das Abbröckeln der Rendite der Bundesobligationen auf 2,3 Prozent oder weniger und die Einstellung der Emission von Kassaobligationen durch die Banken.

Mit der nicht gerade einfachen Frage nach der angemessenen Höhe des Zinssatzes wollen wir uns hier nicht befassen; im Moment scheint uns die Frage nach den Ursachen des Kapitalüberflusses und ihre Beseitigung wichtiger zu sein.

Die Bankiervereinigung sieht die geschilderte Entwicklung darin begründet, daß namentlich die verschiedenen öffentlichen und privaten Fonds eine stark gesteigerte Nachfrage nach Anlage in ertragssicheren schweizerischen Werten entwickelt haben, die nun nicht einem in gleicher Weise vermehrten Angebot erstklassiger Anlagemöglichkeiten begegnet. In Wahrnehmung ihrer Interessen folgern nun die Bankiers, um die Nachfrage zu vermindern, d. h., um andern den Platz zu überlassen, sei der AHV-Fonds zu begrenzen oder seien seine Neuzugänge vorübergehend zu sterilisieren bis zum Zeitpunkt einer Umkehr der Tendenzen am Kapitalmarkt. Zugleich wäre anderseits durch großzügigen Ausbau der Straßen mit Untertunnelung der Alpen, das heißt durch vermehrte Verschuldung von Bund und Kanton größere Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Das wäre so etwas wie Arbeitsbeschaffung für das brachliegende Kapital. Daneben wäre der Kapitalexport zu fördern, aber die Bankiers selbst sehen hier keine besonderen Chancen, solange nicht Zinsen und Rückzahlungen gesichert sind. In diesem Punkt glaubt der zweite Referent des Tages, E. Zaugg, Verwaltungsratsdelegierter der Brown, Boveri & Co., einen Weg weisen zu können, indem er einen Ausbau der Exportrisikogarantie vorschlägt. Nach diesem Vorschlag müßte wiederum der Bund herhalten und allfällige Verluste tragen.

Die Sanierung des Kapitalmarktes sehen somit die Bankiers in erster Linie in einem Angriff auf die AHV – der AHV-Fonds hat bekanntlich Versicherungsleistungen zu gewährleisten – und in einer steigenden Verschuldung der öffentlichen Hand. Aber so einfach ist das Problem nun doch wieder nicht gelagert. Und dies darum, weil der Kapitalüberfluß gar nicht allein und auch nicht zum maßgeblichen Teil vom AHV-Fonds verschuldet ist. Die für die Bankiers gewiß unverdächtige Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) schätzt in ihrem Bericht 1952 die totalen Nettoersparnisse in der Schweiz für das Jahr 1952 auf rund 3,2 Milliarden Franken. Da-

von entfallen 1,1 Milliarden auf Spargelder und Kassaobligationen in den schweizerischen Banken, 485 Millionen auf den Zuwachs des AHV-Fonds, 500 Millionen auf Versicherungsprämien, 700 Millionen auf die nicht ausgeschüttteten Gewinne von Unternehmungen und 400 Millionen auf andere Arten von Ersparnissen. Bei den 52 größeren Banken nahmen die Zeitgelder und Spardepositen um 1,1 Milliarden zu, zugleich aber sind die langfristigen Kredite nur um 700 Millionen Franken und die Vorschüsse um 250 Millionen Franken gestiegen, was eine erneute Vermehrung der flüssigen Mittel bei den Banken zur Folge hatte – das ist das aktuelle Tagesproblem der Bankiers! Zu diesen Verhältnissen hat die Entwicklung der Zahlungsbilanz der Schweiz nicht unwesentlich beigetragen. Nach Schätzungen der BIZ darf für 1952 mit einem Ueberschuß von 700 Millionen in der Ertragsbilanz gerechnet werden. Im Jahr zuvor scheint sie ausgeglichen gewesen zu sein durch das damalige große Defizit der Handelsbilanz von 1,2 Milliarden Franken – eine Folge der wilden Einkäufe schweizerischer Unternehmer während der Korea-Hausse. Heute aber bauen die gleichen Unternehmer in Erwartung billiger Rohstoffpreise ihre Lager ab und suchen für ihre freigesetzten Gelder Anlage. Auch die Repatriierung beträchtlicher schweizerischer Kapitalien aus den USA und der Zufluß von Fremd-, das heißt von Fluchtkapital, tragen zum Kapitalüberfluß bei.

Wie steht es aber mit den Anlagemöglichkeiten? Wohnungs- und Kraftwerkbau haben die Kapitalanlage in diesen Wirtschaftssektoren während der letzten Jahre stark erweitert. Heute nimmt der Neubau von Wohnungen ab und damit die Anlagemöglichkeiten hier; diese scheinen jedoch dem Umfange nach immer noch über dem langjährigen Durchschnitt zu liegen. Die öffentliche Hand baut insgesamt ihre Schulden eher ab und schränkt so die Anlagemöglichkeiten ein. Und in der Privatwirtschaft hat sich in den Jahren der Nachkriegskonjunktur offensichtlich eine Verlagerung in der Finanzierung der Investitionen vollzogen. Die verbreitete und stark forcierte Selbstfinanzierung verdrängte in weitem Umfange die Fremdfinanzierung – wenn von den Vorauszahlungen der Kunden abgesehen wird. Die industriellen Unternehmungen weisen sogar einen relativ großen Bestand an Wertschriften und Barmitteln auf, und auch die Vermehrung des Aktienkapitals hat insgesamt nicht Schritt gehalten mit der Geschäftsausweitung. Laut Schätzungen aus Bankkreisen soll der Bestand an Fremdkapital in der Industrie sich heute annähernd halbiert haben gegenüber 1939.

Es dürfte somit klar sein, daß die gegenwärtige Struktur des Geld- und Kapitalmarktes und das, was heute als Störung empfunden wird, die Folgen der Rückkehr schweizerischen Kapitals aus dem Ausland, des Zustroms ausländischen Fluchtkapitals und – nicht zuletzt – die hohen Konjunkturgewinne im Inland sind, sie zusammen haben grundlegende Verschiebungen seitens des Angebotes wie auch seitens

der Nachfrage bzw. der Anlagemöglichkeiten gebracht. Und die Schwierigkeiten scheinen sich heute besonders zuzuspitzen, weil manche Unternehmungen Lager abbauen und mit Investitionen zurückhalten. Angesichts dieser Sachlage dürfte gewiß sein, daß der AHV-Fonds weder als einziger noch als maßgeblicher Faktor die Störung verursacht hat und daß der Heilungsprozeß nicht so einfach sein wird, wie man sich das vielerorts vorstellt. Dabei erhebt sich die in den dreißiger Jahren schon einmal erörterte Frage wieder, ob nicht in der gegenwärtigen Konjunkturphase zuviel gespart wird – will es doch scheinen, daß volkswirtschatflich die Sparrate größer sei als die Investitionsrate. Wir wollen diese Frage hier nur berühren, sie aber nicht beantworten. Früher war der Kapitalexport ein willkommenes Ventil, es versagt aber heute größtenteils. Wie will man nur schon das repatriierte Kapital und das Fluchtkapital zwingen, im Ausland – von wo sie gekommen, ja geflohen sind – Anlage zu suchen?

Eines ist sicher, da dem Arbeitnehmer die Sicherung seiner Existenz nicht weniger heilig ist wie dem Kapitalbesitzer – das zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Diskussion – die Sicherheit seines Kapitals und des Ertrages daraus, kann er den Abbau oder die Entwertung des AHV-Fonds, wie die Bankiers es vorschlagen, nicht zulassen.

Dr. Heinz Schmidt

Der Lebensstandard der englischen Arbeiterklasse seit 1945

Von den 186 Gewerkschaften, die dem englischen Gewerkschaftsbund (TUC) angeschlossen sind, haben 50 auf ihren diesjährigen Verbandstagen beschlossen, bei den Unternehmerverbänden Lohnforderungen einzureichen. Es befinden sich darunter die größten Verbände, so der Transport- und allgemeinen Arbeiter, der Gemeindearbeiter, der Metall- und Maschinenindustrie, der Schiffsbauindustrie, der Eisenbahnarbeiter und -angestellten, der Handels- und Ladenarbeiter und -angestellten und der Bauarbeiter. In der Begründung zu diesen Beschlüssen wird wiederholt betont, daß sie durch die steigenden Lebenshaltungskosten erzwungen seien und einem weiteren Rückgang der Lebenshaltung begegnen sollten. Die Beschlüsse sind ausnahmslos mit Zustimmung der Verbandsvorstände gefaßt worden. Die Gewerkschaften sehen in der Abwehr der Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der im Gange befindlichen Kampagne für die Steigerung der Produktion.

Der Krieg drückt den Lebensstandard herab

Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung im Vergleich zu 1938 stark verschlechtert. Der gesamte Lebensmittelverbrauch war im Durchschnitt er-